

Die Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ruft zur Unterstützung der von Kurden und anderen Minderheiten gehaltenen Region „Rojava – Nordsyrien“ auf

Nachdem es den Radikalislamisten gelungen ist, fast alle Christen aus dem „sunnitischen Syrien“ zu vertreiben, müssen sie daran gehindert werden, weiter in den Norden nach Rojava-Nordsyrien vorzudringen. Denn dort lebt eine Vielzahl ethnischer und religiöser Gemeinschaften, die bisher noch alle ihren Glauben und ihre Kultur frei ausleben können. Diese reiche Vielfalt muss in jedem Fall erhalten bleiben - ganz unabhängig davon, wie die Zukunft von Rojava-Nordsyrien aussehen wird, ob sich die Autonomie dort institutionalisiert oder die Region wieder vollständig unter eine streng zentralistische Regierung in Damaskus kommt. Der radikale Islam darf jedoch in Rojava auf keinen Fall Fuß fassen. Doch aus eigener Kraft werden sich Kurden und die wenigen Christen und Yeziden in Rojava-Nordsyrien dem radikalen Islam nicht länger widersetzen können. Sie sind auf Hilfe angewiesen.

In dieser Not müssen aus Deutschland und Europa gezielte humanitäre Maßnahmen ergriffen werden, um das Leben der Kurden, arabischen Sunniten, Assyrer/Chaldäer/Aramäer, Armenier, Christen, Yeziden, Tscherkessen, Turkmenen und anderen sowie der fast eine Million Flüchtlinge in Rojava-Nordsyrien erträglicher zu machen. All diese Menschen benötigen dringend unsere Solidarität und Hilfe.

Die Jahreshauptversammlung der GfbV appelliert an

die deutsche Bundesregierung,

- Rojava-Nordsyrien humanitär zu unterstützen, insbesondere bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Strom. Auch die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, die sich in Rojava engagieren, sollten verstärkt finanziell unterstützt werden.
- die türkische Regierung, die *Demokratische Partei Kurdistan (Irak)* und die *Syrische Nationale Koalition* dazu zu drängen, mit der regionalen Selbstverwaltung in Rojava sowie mit der *PYD* Gespräche über die bestehenden strittigen Fragen aufzunehmen.
- in ihren Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung darauf zu drängen, dass Grenzübergänge nach Afrin, Kobani und Qamischli dauerhaft für Personen, Handel und vor allem humanitäre Hilfe geöffnet werden.
- Fluchtursachen in Nordsyrien durch Hilfe vor Ort zu bekämpfen. In Rojava-Nordsyrien haben mindestens eine Million Flüchtlinge Schutz gesucht.

- die von der türkischen Regierung beabsichtigte „Schutzzone“ in Nordsyrien nicht zu unterstützen. Stattdessen sollte sich Ankara um einen Ausgleich mit den Kurden und Christen in Rojava bemühen.

an die regionale Selbstverwaltung und PYD,

- sofort neue und bedingungslose Gespräche mit dem KNCS (Kurdischer Nationalrat), mit der *Nationalen Allianz der kurdischen Parteien* und mit der *Peşverû*-Partei über die Erweiterung der Strukturen der autonomen Selbstverwaltung Gespräche aufzunehmen. Eine breite politische Basis der Selbstverwaltung wird die Überlebenschance von Rojava nur erhöhen und Demokratie als auch Menschen- und Minderheitenrechte stärken.
- auch mit dem *KNCS*, mit der *Nationalen Allianz der kurdischen Parteien* und mit der *Peshverû*-Partei zu klären, ob es politische Gefangene in den Haftanstalten von Rojava gibt. Es muss dringend geklärt werden, wer aus politischen Gründen oder wegen versuchter Bildung von bewaffneten Gruppen inhaftiert ist.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeit der Behörden in Rojava transparenter wird. Ohne Transparenz kann eine Verwaltung nicht lange erfolgreich funktionieren.
- eine öffentliche Erklärung abzugeben, auch wenn es in der Vergangenheit bereits geschehen ist, dass man bereit sei, alle strittigen Fragen mit der Türkei, mit der *DPK* von Masud Barzani (Irakisch-Kurdistan) und mit der *Syrischen Nationalen Koalition* zu erörtern.

an den KNCS,

- die ablehnende Haltung gegenüber der regionalen Selbstverwaltung überdenken und die Selbstverwaltung als solche anzuerkennen.
- öffentlich die Bereitschaft kundzutun, bei allen Kontakten und Gesprächen mit der Regierung in der Türkei, der *DPK* (Irakisch-Kurdistan) und der *Syrischen Nationalen Koalition* die regionale Selbstverwaltung zu unterstützen.
- auf die Forderung nach der Bildung einer eigenen Miliz zu verzichten. Stattdessen müssen einheitliche militärische Strukturen gebildet werden. Neue Milizen in Nordsyrien gefährden den sozialen Frieden und können nur zu neuen bewaffneten Konflikten, auch unter den Kurden, führen.

an die DPK von Masud Barzani in Irakisch-Kurdistan und die PKK,

- ihre Bemühungen für die Bildung einer einheitlichen Front unter den syrischen kurdischen Organisationen wieder und verstärkt aufzunehmen. Hierbei sollte mehr Neutralität bei innerkurdischen Streitereien in Syrien gezeigt werden. Auch die Patriotische Union Kurdistans (PUK) sollte in diese Vermittlungsbemühungen einbezogen werden.
- die *DPK* soll dafür sorgen, dass der Grenzübergang Sêmalka vollständig und dauerhaft für Personen und Handel geöffnet wird.
- Die *PKK* wird aufgefordert, ihren Einfluss auf die *PYD* zu nutzen, um die Bemühungen für die Bildung einer einheitlichen Front unter den syrischen-kurdischen Organisationen schneller zu einem Erfolg zu führen.